

Frauen brauchen keine Moralapostel

Abtreibung: Erwiderungen auf „Dünkel ist Gift für den Diskurs“, FR-Forum vom 1. Juli

Ein anderes Bild vom Menschen

Ob die FR in ihrem Artikel: „Ein Schwangerschaftsabbruch ist keine Missachtung des werdenden Lebens“ bessere und einfühlendere Worte hätte finden können, kann ich nicht beurteilen. Es geht um die Legitimation von Schwangerschaftsabbrüchen. Auf jeden Fall ist diese Frage die Folge eines ethischen Dilemmas (das Leben des Ungeborenen gegen das Leben der Mutter, das nicht nur aus biologischer Lebendigkeit besteht). Es ist eine Entscheidungssituation, und es geht nicht um irgendwelche Nöte, die die Frau zu ertragen hat.

Die „Lebensschützer“ behaupten, es wäre eine moralische Norm, ein Gebot oder sonst so etwas höchst Wertvolles, das von den Frauen verletzt wird. Es ist aber in Wirklichkeit die Entscheidung einer erwachsenen Person zwischen zwei gleich wertvollen Gütern. Egal wie entschieden wird, etwas von dem Wertvollen wird nicht berücksichtigt. Dahinter steht ein anderes Bild vom Menschen und seinen Möglichkeiten als das dieser Lebensschützer.

Die Mehrheit der Abtreibungsgegner/innen sehen nur das Rechtsgut des Ungeborenen, das bei einer Abtreibung verletzt wird. Mit ihnen kann man nicht diskutieren, weil man sich der Meinung anschließen müsste, dass man darüber nicht diskutieren kann. Man kann sich dem Normativen nur unterwerfen.

Gelernt haben die „Abtreibungsgegner“ das von den christlichen Kirchen, nicht unbedingt von der christlichen Botschaft. Das Leben ist danach ein Normenkatalog, den es einzuhalten gilt. Es kommen keine Entscheidungen vor. Die Obrigkeit sagt, was richtig ist und was falsch. Der Mensch hat höchstens „Nöte“ damit. Beratung besteht dann darin, die Nöte zu

minimieren und nicht, eine Entscheidung herbeizuführen.

Die Beratungen, die in unserer Gesellschaft für Schwangerschaftsabbrüche vorgeschrieben sind, sollen die Entscheidung den Betroffenen erleichtern, indem möglichst alles Für und Wider erörtert wird, die Entscheidung aber bei der Ratsuchenden bleibt. Jede Entscheidung ist eine Entscheidung für und gegen etwas. Das ist das Wesen eines Dilemmas. Diese offene Situation des „Sich Entscheidenkönnens und -müssens“ predigen die unmittelbaren Seelsorger gerne, können sie aber nicht in ihrer kirchlichen Praxis einlösen. Das widerspricht dem Normenkatalog der Hierarchie vom Bischof aufwärts. Daran ändert auch eine entsprechende Bitte des wohlwollenden Stadtpfarrers von Frankfurt an die FR nichts.

Peter Scheuermann, Hofheim

Priester üben ihre Rolle bevormundend aus

Selten hat mich ein Leserbrief dermaßen aufgebracht wie der des Frankfurter Stadtdekans Johannes zu Eltz. Er wirft darin der FR „die systematische Ausblendung von Argumenten und Erfahrungen (vor), die zwar die Nöte von ungewollt schwangeren Frauen sehen, aber Abtreibung dennoch als Unrecht und Unheil erkennen“. Unrecht? Ob unsere Verfassungsrichter/innen einen Schwangerschaftsabbruch immer noch wie vor 30 Jahren im §218 und 219 als Unrecht bestimmen oder eine Neuregelung angebracht ist, nur darum ging es in Bascha Mikas Interview mit der stellvertretenden Pro-Familia-Vorsitzenden Stephanie Schlitt (FR, 21.6.). Wenn der Stadtdekan zusätzlich einen Schwangerschaftsabbruch als „Unheil“ bestimmt, hätte ich wenigstens andeutungsweise seine Einblendung von „Argumenten und Erfahrungen“ erwartet, die die FR angeblich

dünkelhaft ausblendet. Doch da er die Gelegenheit in seinem Leserbrief ungenutzt verstreichen lässt, scheint er sich eher hinter den stumm mahnenden Lebensschützer/innen zu verstecken und stärkt diesen lieber moralisch den Rücken mit seiner „Unheil“-Verkündung. So zielen beide gemeinsam auf das schlechte Gewissen der Frauen, die meist notgedrungen und ohne echte kirchliche Hilfen ihre ungeplante Schwangerschaft abbrechen lassen müssen.

Dies habe ich in hunderten von ärztlich-psychotherapeutischen Gesprächen mit ungewollt Schwangeren seit 50 Jahren eindrücklich erfahren. Niemals fühlte ich mich dabei wie ein Priester versucht, eine moralisch-ethisch höherwertige Stellung gegen sie auszuspielen. Zugespitzt gesagt: Die Hälfte der Psychotherapie- und Psychiatriepatienten wäre wohl überflüssig, wenn ihnen nicht bevormundende Priester ihre seit Generationen in Schuldgefühle getriebenen Gläubigen zutreiben würden. Dass ausgerechnet zölibatäre Priester – mit kirchlich verordneter Verklemmtheit und der Versuchung, ihr Triebleben in pädosexuellen Missbräuchen zu verstecken – bei Liebe, Lust und Schwangerschaft Autorität oder gar Kompetenz durch behauptete Argumente und Erfahrungen beanspruchen, fordert wegen verschwendeter Glaubwürdigkeit zu weiteren Kirchenaustritten auf – vor allem bevormundeter Frauen.

Überlasst die patriarchalen Kirchen den Patriarchen! Vielleicht kann das Haus am Dom dem Stadtdekan in einer Podiumsdiskussion mit Pro-Familia-Vertreterinnen, Gynäkolog/innen und Richter/innen mit §218-Bezug Gelegenheit geben, seine Argumente und Erfahrungen zur Abtreibung als Unheil nachzuholen. Und die FR berichtet. Claus Metz, Bad Vilbel

Diskussion: frblog.de/abtreibung

Die Bahn vergraut ihre Kunden

Deutsche Bahn: „Die Auslastung liegt bei 125 Prozent“, FR-Wirtschaft vom 20. Juni

Ich hatte über das Himmelfahrt-Wochenende mit Freunden eine Radtour unternommen, und wir wollten mit Regionalbahnen von Hameln über Kassel nach Frankfurt fahren. Laut Fahrplan wäre das mit zweimal Umsteigen in etwa fünf Stunden möglich gewesen. So starteten wir um 12:44 mit einer S-Bahn zum Umsteigebahnhof Altenbeken.

Dann fingen die Probleme an: Unser geplanter RE nach Kassel hatte 75 Minuten Verspätung (irgendwann gab es gar keine Bahnsteig-Ansagen mehr) und war proppenvoll, so dass keine Fahrgäste mit Gepäck und schon gar keine mit Fahrrädern aufgenommen wurden. Auch der nächste Zug (wir hatten bereits mehr als zwei Stunden gewartet) war überfüllt. Wir sind dann erst mal in die Gegenrichtung nach Paderborn gefahren und sind noch Essen gegangen.

Andere Züge von Altenbeken aus fielen ganz aus.

Schließlich schafften wir es in einen RE nach Warburg – und was ich nur aus Satire-Sendungen kannte, wurde Realität: Der Zug war restlos überfüllt, wir standen wie die Ölsardinen gedrängt zwischen Gepäckstücken und Fahrrädern. Die Klimaanlage war ausgeschaltet, die Atmosphäre glich einer Dampfsauna!

Von Warburg ging es weiter in einem überfüllten Zug nach Kassel – hier waren die Zugtoiletten defekt bzw. gesperrt, aber man konnte die Flüssigkeit ja „rausschwitzen“. Um 20:30 fanden wir noch einen Platz im RE von Kassel nach Frankfurt, in dem uns gleich ein Aushang begrüßte, dass die Lautsprecheranlage nicht funktioniere und es keine Service-Ansagen gäbe. Dieser Zug hätte nach Fahrplan um etwa 22:30 in Frankfurt sein

müssen, fuhr aber langsam eine einstündige, sprich 50-prozentige, Verspätung heraus, so dass wir nach fast elf Stunden um 23:40 ankamen. Während der ganzen Zeit sind wir weder am Bahnsteig noch im Zug Service-Mitarbeitern und Fahrkartenkontrolle begegnet – Kundenorientierung ist gleich Null, ich habe mich wie in einer buchstäblichen „Service-Wüste“ gefühlt.

Was will die Bahn? Ich bin langjähriger Bahnkunde, der – auch aus ökologischen Gründen – gerne Zug fährt, und ich habe Verständnis, wenn es an einem langen Wochenende Verspätungen gibt und die Züge voll sind – aber so ein Chaos? Bahnkunden werden so gründlich verärgert, dass sie wieder aufs Auto umsteigen. Auto- und Mineralölkonzerne wissen, was sie an unserem Bundesverkehrsminister haben! Martin Gülzow, Langen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230620

FR ERLEBEN

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neuen Roman „Noah schläft – Die Rückkehr der Arche“. Anschließend Publikumsgespräch. Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V. Eintritt frei.
Donnerstag, 6. Juli, 19 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen
Hedderichstraße 32, Frankfurt

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen.
Donnerstag, 6. Juli, 19 Uhr
Club Voltaire
Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht über Armut und soziale Spaltung in Deutschland mit dem Politikwissenschaftler Christoph Butterwege und Elisabeth Kula (Fraktionsvorsitzende der Linken, MdL)
Montag, 10. Juli, 18 Uhr
Saalbau Südbahnhof
Hedderichstraße 51, Frankfurt

Jutta Rippegather moderiert das sozialpolitische Gespräch „Inflation, Mietenwahnsinn und wachsende Armut – Hessen vor den Landtagswahlen“. Mit Ernst-Ulrich Huster (Hessischer Sozialbericht) u.a. Eintritt frei.
Montag, 10. Juli, 18.30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Opulente Investitionen

Zu: „Schaut auf Darfur!“, FR-Titel vom 22. Juni

„Schaut auf Darfur!“ titelte die FR. Johannes Dieterich berichtet über die Kriegshandlungen im Sudan, schildert Leid und Sterben der Bevölkerung. Millionen sind auf der Flucht, Abermillionen brauchen elementare Hilfe. Ein paar Seiten weiter erfahre ich, dass Abermilliarden für den Wiederaufbau der Ukraine bereitgestellt werden sollen. Ganz selbstverständlich und ohne lange Debatten. Auf der Konferenz in London ebnet man den Weg für Investitionen in der Nachkriegsukraine. Von derart opulenten Investments habe ich noch nie gehört, wenn es um bitterarme Menschen und Länder aus dem Süden dieser Welt geht. Hier setzen EU und auch Deutschland eher auf Abschottung und Wegsehen. Und singen doch immer wieder das hehre Lied der Werte.

Ich will die Hilfe für das Nachbarland im Osten nicht in Frage stellen, obwohl ich längst fällige Debatten darüber vermisse, wie der Krieg dort mit diplomatisch-unblutigen Mitteln und das Sterben und die Zerstörung beendet werden können. Mein Unwille richtet sich auf die krasse Ungleichbehandlung. Sie zeigt mir, dass in Wahrheit, was auch immer die Politiker reden, nicht Werte, sondern handfeste politische und natürlich wirtschaftliche Interessen das Handeln bestimmen. Es bleibt die Erkenntnis: Alle Menschen sind gleich. Aber einige sind eben gleicher. Bertram Münzer, Gütersloh

Gefoltert und verschleppt

Ukraine: Erwiderung auf „Grauenhafte Nicht-Neuigkeiten“, FR-Forum v. 22.6.

Werte Frau Plank, hoffen wir gemeinsam, dass diejenigen, die einen Krieg anzetteln, am Ende Gebietsverluste erleiden. Im Falle Russlands reicht schon die Freigabe der zuvor zu Unrecht besetzten Gebiete. Aber was Ihre Zahlen aus dem Donbass betrifft, hege ich doch arge Zweifel. Woher stammen die Zahlen? Wissen Sie denn auch so genau, wie viele dort Lebende nach der russischen Einmischung dort sterben mussten, gefoltert und verschleppt wurden, weil sie pro-ukrainisch waren? Und wissen Sie auch genau, wie viele geflüchtet sind vor dem Terror der Russen und der sogenannten Separatisten? Und wie viele Russen sich mittlerweile dort befinden und das Land in Beschlag nehmen? Wer soll das Selbstbestimmungsrecht Ihrer Meinung nach ausüben? Selbstbestimmung könnte nur geschehen, wenn die Russen das Land verlassen, den Bombenterror einstellen, freie Informationen wieder verfügbar sind und die Bevölkerung zurückkehren kann. Aber selbst dann: Kann ein Staat zulassen, dass sich Teile lossagen? Die Schotten von Großbritannien? Heike Langfeld, Langgönn